



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/139 - 22.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Die wahre Aufgabe des Lenz-Ausschusses	S. 1
Der Weg der italienischen Sozialdemokratie	S. 3
Jungdemokraten auf totalitären Pfaden	S. 4
"Die Schuld der SPD"	S. 6

Des Pudels Kern

P.R. Es ist ein gutes Zeichen, daß Mißtrauen, Skepsis und Widerstand gegenüber dem geplanten Koordinierungs-Ausschuß beim Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz des CDU-Abgeordneten Dr. Lenz so stark und allgemein sind, wie das in der Pressekonferenz mit Dr. Lenz am Montag Nachmittag und auch in der Mitgliederversammlung der Bundespressekonferenz wenige Stunden später zum Ausdruck kam.

Dr. Lenz sah sich vor eine undankbare Aufgabe gestellt. Er mußte, wenn er Ziel und Aufgaben dieses Ausschusses plausibel machen wollte, seinen kritischen und wachsamem Zuhörern ein ungewöhnliches Maß von Naivität zumuten. In diese Lage läßt sich niemand gern versetzen. Jeder auf beiden Seiten wußte, um was es ging. Die zum Teil entwaffnend harmlosen Erläuterungen des früheren Staatssekretärs waren ein Musterbeispiel für die Technik des Gebrauchs von Worten zum Verbergen von Gedanken. Aber selbst wenn man das, was ausgesprochen wurde, für bare Münze nahm, was niemand tat, blieb das meiste unklar, ungewiß und höchst fragwürdig.

Lenz sprach unter anderem recht vage von "den ersten Aufgaben" des Ausschusses und berührte selbst den Kern des Verdacht-tes, der überall besteht, wenn er erklärte: "Man kann nicht sagen, was das Kind, das gerade geboren wird, später einmal werden

wird". Das eben ist die allgemeine Befürchtung. Lenz versicherte, wenn der Kanzler in seinem Brief an die Ministerien die Vollmachten des Ausschusses vielleicht etwas weit gefaßt habe, dann werde der Ausschuß sie nur "restriktiv" ausnützen. Niemand war im Saal, der nicht glaubte, daß an die Stelle dieses Wortes eigentlich "expansiv" stehen müßte. Daß man so etwas nicht sagen kann, ist klar.

Der Koordinierungs-Ausschuß ist ein Instrument reiner Regierungspropaganda und es ist trotz gegenteiliger Versicherungen, die natürlich abgegeben werden müssen, kein Zweifel daran möglich, daß durch seine de facto-Verfügung über sehr erhebliche Mittel alsbald mehr oder weniger raffinierte oder durchsichtige Methoden der Einflußnahme auf die Träger der öffentlichen Meinung, Presse, Funk und Film praktiziert bzw. versucht werden dürften.

Schließlich berief sich Lenz auf die Notwendigkeit, einer angeblich gefährlich großen Unkenntnis der Bevölkerung in allen Fragen des demokratischen Staatsaufbaues und des Funktionierens der parlamentarischen Demokratie durch eine großzügige, - nun sagen wir schon "Volksaufklärung" zu Leibe zu gehen (obwohl uns doch nach dem großen Erfolg Adenauers am 6. September immer wieder versichert wurde, gerade dadurch habe die westdeutsche Bevölkerung einen besonderen Nachweis ihrer politischen Reife erbracht...). Wenn diese Notwendigkeit wirklich besteht, müßte sie selbstverständlich einer Einrichtung übertragen werden, die alle wesentlichen demokratischen Kräfte in diesem Staat zusammenschließt, wie das bei der für diesen Zweck seinerzeit geschaffenen Bundeszentrale für Heimatdienst der Fall ist. Die jetzt in Gestalt des Koordinierungs-Ausschusses vorgesehene Form garantiert mit einem hohen Maß an Sicherheit, daß aus solcher grundsätzlichen staatspolitischen Aufklärung eine absolut einseitige Propaganda für die gerade regierende Kräftegruppierung wird - vermutlich mit den dazu gehörenden Diffamierungen des anderen Teiles, der Opposition.

- Das ist das wahre Bild des Lenz-Ausschusses. Es ist selbstverständlich, daß man diese Pläne, die wenig oder nichts mit staatspolitischer Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu tun haben, sondern die ein reiner Bestandteil von Regierungspropaganda mit Steuermitteln sind, konsequent bekämpfen wird.

Keine Brücke zu den Nennisozialisten möglich

Le.-Rom, Mitte Juni

Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei Italiens hat mit der Teilnahme an der gegenwärtigen Regierung Scelba wieder ein Gewicht gewonnen, das sie nach dem Ausgang der Juniwahlen des vergangenen Jahres und den Versuchen Saragats, einen Weg der Zusammenarbeit mit den Nennisozialisten zu finden, ohne Zweifel zu verlieren begann. Dem entscheidenden Schritt der Regierungsteilnahme folgte in diesen Tagen eine Klärung der politischen Linie der Partei durch den "Nationalkongreß" im Teatro Argentina in Rom. Zwei wichtige Punkte kennzeichnen den Ausgang der Kongreßdebatten: Italiens Sozialdemokraten stellten fest, daß keine Brücke zu den Nennisozialisten möglich ist, da Nenni durch seinen Pakt mit der KPI "endgültig" an die Moskauer Politik gekettet ist. Außerdem brachte der Kongreß die definitive Überzeugung der italienischen Sozialdemokraten, daß die Interessen der Arbeiterschaft wirksam durch die Teilnahme an der Regierung vertreten werden können, indem sich die sozialdemokratischen Minister für die Durchführung sozialer Reformen einsetzen.

Man hat den Sozialdemokraten Italiens vorgeworfen, daß sie die politische Lage des Landes unnütz lange in Unsicherheit gelassen hätten, indem sie sich erst nach acht Monaten zu einem Eintritt in die Regierung entschlossen, der sofort nach dem Ausgang der Juniwahlen die offensichtliche Entscheidung gewesen wäre. Tatsächlich liegen die Dinge jedoch anders. Saragats Sozialdemokraten halten heute innerhalb der Regierung Schlüsselstellungen, die ihnen bei keinem vorherigen Versuch der Regierungsbildungen zugesprochen wurden. Was böswillig als eine "Kapitulation" der Sozialdemokraten vor den Christlichen Demokraten bezeichnet wurde, war in Wirklichkeit ein "Sieg". Die Sozialprogramme der gegenwärtigen Regierung Scelba gehen eindeutig auf sozialdemokratische Initiativen zurück.

-Diese Tatsachen haben dazu beigetragen, daß der kürzliche Kongreß im Teatro Argentina in Rom ohne die scharfen inneren Kontraste verlief, an der bisher die Partei Saragats litt. Eine klare politische Linie war umso wichtiger, als die gegenwärtigen Gemeindewahlen gezeigt haben, daß die Italiener für Parteien stimmen wollen, die ideologisch gefestigt sind und Programme bieten, die dringend notwendige

soziale Veränderungen garantieren. Die italienischen Sozialdemokraten haben daher den einzig verbliebenen Weg aus ihrem Dilemma gewählt: Aufgabe einer als unfruchtbar erwiesenen Haltung bezüglich der Nenni-Sozialisten und aktive Beteiligung an der Führung der Landesgeschichte.

Die jüngste Vergangenheit hat mit der Spaltung der Monarchistenpartei gezeigt, daß die "Rechte" in Italien keineswegs ein gefährlicher-kompakter Block ist. Der einzige bedrohliche Block sind die verbündeten Kommunisten und Nenni-Sozialisten. Die Erhaltung der Demokratie in Italien kann daher nur Aufgabe eines Mittelblocks mit sozialer Tendenz sein, das heißt ein Block jener Parteien, die gegenwärtig an der Regierung beteiligt sind. Daß die Sozialdemokraten Italiens nunmehr klar zu dieser Überzeugung stehen, ist von der öffentlichen Meinung des Landes mit einem Gefühl der Beruhigung aufgenommen worden.

+ + +

Führer empfiehlt - wir folgen

-bu.- Als sich der Bundeskanzler in einer erregten Debatte im Bundeshaus soweit verstieg, der SPD-Fraktion zu empfehlen, von seinen Wahlkampfmethoden der Verleumdung und Verunglimpfung des politischen Gegners zu lernen, brachten die Sprecher der SPD klar zum Ausdruck, daß Dr. Adenauer und seine Regierungsanhänger nicht damit rechnen könnten, in dem politischen Sumpf, in dem sie sich anscheinend so wohl fühlen, die Gesellschaft der SPD zu finden. Für die Sozialdemokratie läßt sich die vom Bundeskanzler empfohlene Wahlkampfpraxis nicht mit den selbstverständlichen Gesetzen der persönlichen Lauterkeit und Anständigkeit und der demokratischen Toleranz und Fairness in der Auseinandersetzung mit den politisch anders Denkenden vereinbaren.

Anders die Deutschen Jungdemokraten. Die Jugendorganisation der FDP hat getreu der Empfehlung ihres großen Vorbildes in der Mai-Ausgabe ihres zentralen Blattes "Junge Generation" in gemeinster Weise Jungsozialisten und "Falken" prokommunistischer Tendenzen bezichtigt.

Art und Form des betreffenden Artikels mit der Überschrift "Steigbügelhalter der Bolschewisten" unterscheidet sich in nichts von den Hetzpamphleten faschistischer oder kommunistischer Herkunft. In dieser Hinsicht hat das Blatt der Deutschen Jungdemokraten nicht nur

den Namen mit dem FDJ-Funktionärsorgan gemeinsam, Mangels echter Argumente in der politischen Auseinandersetzung versucht man, die Menschen und Organisationen anderer politischer Richtungen zu diffamieren und zu verleumden und scheut auch nicht davor zurück, politische Auffassungen, die sich nicht im Einklang mit den Bestrebungen der Koalitionsparteien befinden, als Landesverrat zu bezeichnen.

Ob sie je ihre eigenen Widersprüche begreifen werden? Es nützt nichts, wenn man vor Antikommunismus wahre Purzelbäume schlägt, um auf der anderen Seite für sich selbst Totalitätsansprüche geltend zu machen, die mit den Praktiken der Diktaturregime sehr artverwandt sind. Die andere politische Meinung ist Landesverrat. - Ist das nicht die gleiche Sprachregelung zur Begründung des Abwürgens jeder freien politischen Meinungsbildung wie im Nazismus und Bolschewismus? Die Forderung der Deutschen Jungdemokraten, nur koalitionsstreu Jugendverbände finanziell zu unterstützen und zu fördern, ist der erste Schritt dazu.

Bei einer solchen Gesinnung braucht man sich nicht zu wundern, daß eine Reihe von Funktionären des berüchtigten BdJ bei den Jungdemokraten ihre zweite politische Heimat gefunden haben und die Jugend der FDP den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, sich mit den Jungfalangisten der Franco-Diktatur zur internationalen Verbrüderung zusammengefunden zu haben.

Es wäre für das Ansehen der politischen Jugendverbände sehr zu wünschen, daß sich bei den Deutschen Jungdemokraten die Kräfte durchsetzen, die sich von diesem Artikel ihres eigenen Zentralorgans distanzieren und ihr Bedauern über eine solche Entgleisung öffentlich zum Ausdruck bringen. Mit den Methoden der politischen Brunnenvergiftung ist der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik kein guter Dienst erwiesen und wird die junge Generation zu einer verantwortlichen politischen Mitarbeit nicht zu gewinnen sein.

+ + +

Die neue Dolchstoß-Legende

-ler. Hat der Bundeskanzler jeden Sinn für das Maß und für die Wirklichkeit verloren? Auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Boll hat er der SPD vorgeworfen, sie habe durch ihr Verhalten eine politische Schuld auf sich geladen. "Wie anders würde heute die deutsche Europapolitik dastehen", sagte der Bundeskanzler, "wenn sie vom ganzen deutschen Volk verfolgt worden wäre".

Heute steht der Bundeskanzler vor dem Scherbenhaufen seiner Außenpolitik. Ihr Zusammenbruch stand von Anfang an für diejenigen fest, denen er heute vorwirft, daß sie ihm auf diesem Wege nicht gefolgt sind. Konsequenter und mit der Beharrlichkeit seiner Jahre hat Dr. Aderauer alle Bemühungen der Opposition um eine gemeinsame außenpolitische Plattform weit von sich gewiesen - er wollte der Mann der einsamen Entschlüsse bleiben. Sein Ehrgeiz, als der "deutscheste Europäer" oder als der "europäischste Deutsche" in die Geschichte einzugehen, kannte keine Hemmungen, ihm zuliebe vollzog er, ungefragt, eine Vorleistung nach der anderen. Aber die Belohnung ist ausgeblieben. Noch nie seit den Maitagen von 1945 war das deutsch-französische Verhältnis solchen Belastungsproben ausgesetzt wie heute und dies unter der Kanzlerschaft eines Mannes, der sogar die Saar zu opfern bereit ist, um Paris zu befriedigen. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, vom Kanzler auch heute noch als die sicherste Abwehr vor dem Bolschewismus und als militärische Klammer der europäischen Einheit verteidigt und gepriesen, erweist sich als das stärkste Sprengmittel der "europäischen Einheit", es vertieft den Graben diesseits und jenseits des Rheins, statt ihn zu überbrücken.

Aber dies alles soll die politische Schuld der SPD sein? Waren es nicht die Parteien der Koalition, die dem Europaphantom des Bundeskanzlers stets und willig folgten? Bestimmten nicht sie, unter der Führung des Kanzlers, was in dem großen Haus, genannt Bundesrepublik, geschehen sollte, oder war es der gnädig geduldete Untermieter, genannt Opposition, wie jetzt behauptet wird?

Schon einmal hat eine Dolchstoß-Legende verhängnisvolle Wirkungen ausgeübt und ein ganzes Volk um die Erkenntnis seiner wahren Lage gebracht. Es scheint, daß der jetzige Bundeskanzler, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen drauf und dran ist, eine neue Dolchstoß-Legende in die Welt zu setzen, dazu bestimmt, die Schuld für das Fiasko seiner Außenpolitik auf den abzuschieben, der nicht bereit war und ist, den Weg in die Sackgasse mitzugehen.